

**Rede  
des Sprechers für Bauen und Wohnen**

**Alptekin Kirci, MdL**

zu TOP Nr. 6

Abschließende Beratung

**Für ein smartes Steuersystem: Transparenzregister  
für Kommunen zur Sicherstellung der  
Aufkommensneutralität bei der Grundsteuer**

Antrag der Fraktion der FDP– Drs. 18/7811

während der Plenarsitzung vom 17.02.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede!

Der Überschrift des Antrags zufolge will die FDP Transparenz schaffen:  
Transparenz in der Frage künftiger kommunaler Hebesätze bei der Novelle der Grundsteuer.

In der ersten Plenardebatte und in der Ausschlussdiskussion zeigte sich, dass diese Initiative nicht nur verzichtbar, sondern problematisch ist!

Liest man das Plenarprotokoll unserer ersten Beratung zu diesem Antrag, dann haben Sie, sehr geehrter Herr Grascha, den Begriff der Transparenz zwar erwähnt. Auffällig ist aber vor allem die Häufung eines anderen Wortes: Sie haben bei der Einbringung zwölfmal den Begriff „Steuererhöhung“ verwendet. Also statistisch alle dreißig Sekunden in Ihrer Rede.

Das ist ein auffälliges Indiz dafür, dass Sie sich mit diesem Antrag als ordnende Kraft aufspielen wollen, die vorgibt, an der Seite von Bürger:innen zu stehen und auf deren Geld aufzupassen. Ich vermute, dass Sie mit dieser Pose nicht einmal Ihre Parteifreund:innen in den Kommunen sonderlich beeindrucken.

Sie schreiben Forderungen in Ihrem Antrag, die hier mehrfach als verbindliche Leitlinie bei der Neugestaltung der Grundsteuer von verschiedenen Seiten erklärt worden sind. Nämlich, die Grundsteuer aufkommensneutral zu gestalten.

Das kann aber nicht bedeuten, dass sich die Grundsteuer in der Zukunft nicht verändern darf. Darauf hat in der zurückliegenden Debatte der Kollege Wenzel zu Recht hingewiesen.

Das Land kann und darf keine Regelungen verabschieden, die die Finanzhoheit der Kommunen beschränken, und schon deshalb ist Ihr Antrag in diesem Punkt ohne Substanz.

Anrede!

Zudem verlangt die FDP, die Hebesätze für die Kommunen durch die Finanzbehörden errechnen zu lassen. Mit dem Ziel, die Aufkommensneutralität zu gewährleisten.

Dazu hat sich namentlich der Finanzminister geäußert. Hier greift der Verwaltungsaufbau:

Die Finanzbehörden ermitteln die Steuermesszahlen in regelmäßigen Abständen, die Kommunen regeln auf dieser Grundlage die Hebesätze. Ein anderes Vorgehen verletzt die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung.

Nicht nachvollziehbar ist, warum Sie der politischen Absicht, die Grundsteuer aufkommensneutral zu gestalten, grundsätzlich misstrauen. Sie misstrauen damit offenbar der kommunalen Selbstverwaltung.

Die vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Neugestaltung der Grundsteuer wird dazu führen, dass einige Entlastungen erfahren, andere dafür etwas größere Beiträge entrichten werden müssen.

Anrede!

Ich kann für die SPD-Fraktion festhalten, dass wir keiner Regelung zustimmen werden, die das Wohnen noch teurer machen wird. Ich bin mir sicher, dass die Kommunen sorgfältig mit der Frage umgehen werden, wie sie Grund und Boden besteuern werden.

Was die Kommunen nicht brauchen, ist fadenscheiniger Beistand der FDP-Landtagsfraktion. Was Sie hier beabsichtigen, ist nicht etwa Transparenz. Nein! Sie wollen eine Art Steuerpranger, wenn eine Kommune Ihrer Ansicht nach nicht korrekt rechnet.

Dabei behandeln die Kommunen die Grundsteuer grundsätzlich mit Augenmaß. Sie ist bei weitem nicht den Anpassungen ausgesetzt wie etwa die Gewerbesteuer.

Anrede!

Bleibt die Absicht des sogenannten Transparenzregisters.

Wer es wissen will, kann diese Daten schon heute in verschiedenen Quellen nachlesen. Darüber haben wir bei der Einbringung des Antrags diskutiert. Allein das macht ein weiteres Register überflüssig und schafft zusätzliche Bürokratie.

Sie stellen mit Ihrem Antrag nichts weniger in den Raum als den Vorwurf, Städte und Gemeinden hätten nichts Besseres im Sinn, als ihre Einnahmen in schwierigen Zeiten sozusagen durch die Hintertür zu verbessern.

Wir werden als SPD und CDU eine Grundsteuer-Novelle vorlegen, die den Kommunen die bisherigen Einnahmen von jährlich 1,4 Milliarden Euro sicherstellt. Das ist das, was die Kommunen brauchen.

Auf uns können sich die Kommunen verlassen! Ein Transparenzregister nach dem FDP-Modell trägt nichts dazu bei und untergräbt die kommunale Selbstverwaltung!

Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!